

PDG-Plenum
Dienstag, 8. Dezember 2020
Haushaltsdebatte – OB 40

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Kolleginnen und Kollegen in Regierung und Parlament,

auch in Zeiten der Corona-Pandemie ist die Haushaltsdebatte der jährliche Höhepunkt der parlamentarischen Demokratie. Das ist der ideale Zeitpunkt, unter Berücksichtigung der budgetären Gegebenheiten, gleichzeitig Bilanz zu ziehen und den Blick in die Zukunft zu richten.

Die schon länger in diesem Hause tagenden Kollegen wird es nicht wundern, dass ich bei meinen Ausführungen zum Organisationsbereich 40 des Haushalts 2021, dem Leitmotiv vergangener Jahre treu bleiben werde: Wir müssen die unveränderbaren Gegebenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft nutzen. Das heißt konkret: Unseren kleinen Dienstweg zwischen den verschiedenen Einrichtungen, Partnern und Zuschussempfängern als große, ja riesige Chance nutzen. Oder anders ausgedrückt: Wir sollten den kleinen Dienstweg zum best practice machen.

Aber auch ich komme nicht umhin, die Auswirkungen der Coronakrise zu thematisieren. Bereits vor dem zweiten Lockdown machte der Slogan "Ohne Kultur wird es still" die Runde. Ein Motto, dem ich mich ohne Wenn und Aber angeschlossen habe.

Es steht außer Zweifel, dass die AHA-Regeln konsequent umgesetzt werden müssen, um die Infektionszahlen zu senken und unsere Gesundheitsversorgung vor dem Kollaps zu schützen. Doch ohne geistige Nahrung verkommt der Mensch auch. Daher ist es richtig und wichtig, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft dafür sorgt, dass nicht nur die Menschen, sondern in gleichem Maße die von ihr geförderten Vereinigungen und Angebote die Krise im wörtlichen Sinne überleben. Dies ist nicht nur von großer Bedeutung für die vielzitierte Zivilgesellschaft, sondern konkret für die im soziokulturellen beschäftigten Hauptamtlichen. Und das ist keine "quantité négligeable": Denn wir reden hier immerhin von 185 Vollzeitäquivalenten.

Für den Jugendsektor darf man mit Fug und Recht behaupten, dass 2021 zu einem Schlüsselmoment für die kommenden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte werden wird. Ich denke dabei nicht unmittelbar an die beträchtlichen, finanziellen Mittel, die die Gemeinschaft diesem Sektor völlig zurecht zur Verfügung stellt. Vielmehr bin ich der Überzeugung, dass zwei wichtige Dokumente im kommenden Jahr ihrer Fertigstellung entgegenstreben werden.

So werden wir in naher Zukunft die parlamentarische Erörterung des neuen Jugenddekrets in Angriff nehmen. Inzwischen liegt das Gutachten des Rates der

deutschsprachigen Jugend vor und ich bin überzeugt, dass auf Basis des Dekretvorschlags und der Rückmeldung aus dem Sektor, eine fruchtbare Diskussion geführt werden kann und wird.

Desweiteren beginnt im kommenden Jahr die Erstellung des Jugendberichts, für die die Katholische Universität Löwen (KUL) gewonnen werden konnte. Wenn man weiß, dass der Jugendbericht die Basis für den Jugendstrategieplan darstellt, erklärt sich die Bedeutung, die diesem Dokument zukommt.

Ihre Aufmerksamkeit, geschätzte Kollegen und Kolleginnen in Parlament und Regierung, möchte ich darüber hinaus auf den Medienbereich lenken. Zwei Begriffe aus dem englischen Sprachraum prägen nicht erst seit gestern die aktuelle Diskussion um die Medien: Fake News und Hatespeech, also bewusste Falschmeldungen und hasserfüllte Kommentare.

Diesen Fehlentwicklungen müssen wir konzertierte Bemühungen entgegensetzen - verzeihen Sie dem erneuten Anglizismus - das sogenannte Counterspeech, frei übersetzt: Strategien der Gegenrede.

Aber damit die jüngeren und älteren Bürger und Bürgerinnen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Lage sind, Fake News zu entkräften und zu entlarven, bedarf es einiger Anstrengungen.

Die Speerspitze, um der Vergiftung des Zusammenlebens zu verhindern, muss dabei das Medienzentrum bilden. Den dortigen Verantwortlichen ist längst klar, dass dem digitalen Wandel noch deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss und dass er eine intensive Zusammenarbeit mit den Akteuren des Bildungs- und des Jugendsektors erforderlich macht.

Als Wunschpartner gelten dabei das Institut für Demokratiepädagogik an der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Jugendinformationszentren. Meine Erwartung ist, dass der kleine Dienstweg hier Großes bewegt.

In diesem Zusammenhang begrüße ich natürlich darüber hinaus, die Bemühungen den hiesigen Qualitätsjournalismus gezielt zu unterstützen. Wie dies für den BRF aussehen soll, wird mein Fraktionskollege Joseph Hilligsmann ausführen.

Mit einer Dotation von mehr als sieben Millionen Euro zählt das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht zuletzt aus finanzieller Hinsicht ganz zweifelsfrei zu den ganz Großen in unserer institutionellen Landschaft.

Grund genug, einen interessierten Blick auf diese Einrichtung zu richten.

Auch beim Arbeitsamt zieht in diesen Wochen Veränderung herauf.

Der geschäftsführende Direktor - beziehungsweise demnächst die geschäftsführende Direktorin - ist nur eine von mehr als 80 Mitarbeitern.

Doch wie dem Kapitän eines Schiffs, obliegt es ihr, ihrer Mannschaft den Kurs vorzugeben, beziehungsweise den Kurs zu halten.

Dabei tritt die "Neue" in große Fußstapfen, da ihr Vorgänger nicht nur bei der

Geburt Pate stand, sondern auch drei Jahrzehnte prägend wirken konnte. Doch da jeder Wechsel auch Chancen beinhaltet, wünsche ich der neuen Direktorin, dass sie ein gesundes Mittelmaß zwischen Erneuerung und Kontinuität finden wird.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, dem Arbeitsamt-Personal ein großes Lob auszusprechen: Der Tätigkeitsbericht 2019 stellt eine wahre Fundgrube für jeden dar, der sich mit dem Phänomen Beschäftigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auseinandersetzen will.

Trotz der historisch niedrigen Arbeitslosenquote und wegen des nach wie vor grassierenden Arbeitskräftemangels sollten wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Denn: Jeder Arbeitssuchende ist ein Arbeitssuchender zu viel. Die finanzielle Entschädigung und das Gefühl, einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen zu können, sind dabei fast gleich wichtig.

Um uns der rein theoretischen Vollbeschäftigung weiter zu nähern und den Bedarf der Arbeitgeber stärker befriedigen zu können, muss es dem ADG nicht zuletzt gelingen, jene Bevölkerungsschichten in Lohn und Arbeit zu bringen, die gemeinhin als "arbeitsmarktfremd" bezeichnet werden. Die beiden Schlüsselworte in diesem Zusammenhang lauten berufliche Bildung und Sprachkenntnisse. Die Statistiken belegen, dass viele Arbeitssuchende Mankos in diesen beiden Bereichen aufweisen. Auch wenn das leichter gesagt als getan ist: Hier müssen die Anstrengungen bei der Ausbildung, aber auch bei der Beratung weiter intensiviert werden.

Hervorheben möchte ich deshalb das Projekt Vermittlung aus einer Hand, bei dem alle betroffenen Akteure Hand in Hand arbeiten, ganz nach meinem Geschmack: der kleine Dienstweg mit Partnern auf Augenhöhe.

Ich möchte nicht zum Ende kommen, ohne auf einen Umstand aufmerksam zu machen, den nicht nur ich für besorgniserregend halte. Wir müssen uns die Sorgen unser Ehrenamtlichen, ohne die so viel in unserer Gemeinschaft nicht so gut laufen würde, mehr denn je zu eigen machen. Der Blick in die Haushaltsfibel lehrt uns, dass die Verantwortlichen von gleich zwei gestandenen Einrichtungen, die seit Jahrzehnten zur ostbelgischen Landschaft dazu gehören, das Handtuch werfen - beziehungsweise geworfen haben: beim Offenen Kanal und im Jugendinformationszentrum JIZ St.Vith. Das lässt aufhorchen. Deshalb sollten wir genauestens beobachten, ob und wie es dem neugegründeten Leitverband des ostbelgischen Sports (LOS) gelingt, seine angestrebte Unterstützung der Ehrenamtlichen umzusetzen. Diese Erkenntnisse können wir dann nach Best-Practice-Verfahren in anderen Bereichen zu Anwendung bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Petra SCHMITZ – ProDG-Fraktion
PDG-Plenum**

Es gilt das gesprochene Wort.